

## Phasen und Zäsuren des Erbeverständnisses der DDR

- I. „Kulturerbe“ – eine Bedeutung wird über die DDR gesamtdeutsch
- II. Diskussionen über das Kulturerbe – die Rezeptionsgeschichte muß noch geschrieben werden
- III. Kulturpolitik der SED/DDR – der zunehmend untaugliche Versuch staatlicher Machtsicherung
- IV. Die Klassik – Orientierungspunkt von Anfang bis Ende der DDR
- V. Denkmalpflege ist Erbpflege – unstrittig im Grundsatz ab 1975
- VI. Die DDR und ihre Geschichte – das Erbe kehrt zurück
- VII. Kulturerbe – „eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation“

- I. „Kulturerbe“ – eine Bedeutung wird über die DDR gesamtdeutsch

Eines der raren Beispiele, wo sich ein im Osten, in der DDR, durchgängig verwendeter Ausdruck nach und nach auch im Westen, in der Bundesrepublik Deutschland (alt), verbreitet hat, ist der Begriff und die Bedeutung von „Kulturerbe“.

„Erbe“/Ost wurde definiert als „die Gesamtheit der der Menschheit von vergangenen Epochen überlieferten Kulturwerte“.<sup>1</sup> „Erbe“/West war vor allem eine juristische Kategorie, und zwar in langer Tradition von Grimms Deutschem Wörterbuch (Leipzig 1862) bis zu Meyers Enzyklopädischem Lexikon (Mannheim 1973) oder dem Großen Duden (Mannheim 1976). „Erbe“ ist danach „allgemeinsprachlich“ ein eigentumsrechtlicher Begriff. Über die Bedeutung von „jemandes Eigentum nach dessen Tod erhalten“ hinaus begriff man traditionell und im Westen Deutschlands noch die Weitergabe von Veranlagungen oder Begabungen (biologisch) als Erbe.

Zeitgleich zum West-Duden definierte die Akademie der Wissenschaften der DDR (Zentralinstitut für Sprachwissenschaft) den Begriff in einem

1 Kulturpolitisches Wörterbuch, Hrsg. Dietz-Verlag, 2. erw. u. überarbeitete Aufl., Berlin/Ost 1978, S. 386 f. Hier auch: „Die Bewertung des Kulturerbes erfolgt vom Standpunkt seiner praktischen Anwendung durch soziale Gruppen (Klassen, Nationen usw.), durch ganze Generationen und durch neue sozialökonomische Formationen.“

Zur Begriffsgeschichte nach 1945:

DDR-Handbuch, Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Band 1, 3. Aufl., Köln 1985, S. 766 f.

Kulturpolitisches Wörterbuch, Hrsg. W.R. Langenbacher/R. Rytlewski/B. Weyergraf, Stuttgart 1983, S. 687 f.

erweiterten Sinn: Erbe als das „klassische, humanistische, nationale E. in der Kunst“, als „Kultur-, Literatur-, Nationalerbe“ (Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache, Berlin/Ost 1977).

Beide Bedeutungen finden sich nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit, wenn auch leicht distanziert gegenüber der Neuerwerbung aus dem Osten, vereint: „man spricht z. B. vom kulturellen Erbe einer Nation“ (Hermann Paul: Deutsches Wörterbuch, 9. Aufl., Tübingen 1992). Inzwischen kann davon ausgegangen werden, daß der Begriff „Erbe“ zwar immer noch in erster Linie eine vermögensrechtliche Bedeutung hat, daß aber die kulturhistorische Dimension auch im Westen Deutschlands mehr und mehr üblich wird.

Beide Staaten in Deutschland begannen nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer diametral entgegengesetzten historischen Erbe-Interpretation: In der SBZ/DDR entschieden positiv als „klassisches Erbe der deutschen Kultur“ (s.u.), in der BRD (alt) wenn überhaupt historisch, dann negativ als „Erbe des Nationalsozialismus“. Ein Beispiel hierfür ist die Kultusministerkonferenz/KMK der Länder mit ihrem grundlegenden Beschluß „Die deutsche Frage im Unterricht“ vom 23. November 1978, die den Begriff zugespitzt gegen den NS-Eskapismus der DDR richtete: „Die Verantwortung für die historische Erbschaft aus der nationalsozialistischen Herrschaft betrifft alle Deutschen gemeinsam.“ Diese Tendenz, negative Aspekte der eigenen Vergangenheit als Erbe zu bezeichnen, setzt sich im übrigen ganz offiziell bis zur Gegenwart fort – heute aktualisiert und gegen die DDR gewendet: So spricht 1993 das Föderale Konsolidierungsprogramm der Bundesregierung, „Solidarpakt“, in seiner Einleitung summarisch von vier Problemen der Einheit, eines davon ist die „Bewältigung der Erblastschulden des Sozialismus“.

Dennoch: Heute wird der Begriff des Kulturerbes im vereinigten Deutschland überwiegend positiv gewertet und bezieht sich auf in der Gegenwart als wertvoll akzeptierte Überlieferungen der Geschichte (s.a. EG-Vertrag von Maastricht, Artikel 128). Der neue gesamtdeutsche Bürger hat damit eine jeweils spezifische zusätzliche Bedeutung des Erbebegriffes übernommen: Deutsche/Ost = plus eigentumsrechtliche Bedeutung und Deutsche/West = plus kulturgeschichtliche Bewertung. Teilweise, und zwar insbesondere in der Denkmalpflege, übernimmt man sogar das Pathos der erloschenen DDR: „Seht, welch' kostbares Erbe!“ betitelte die Deutsche Stiftung Denkmalschutz 1992 ihre Ausstellung bedrohter Baudenkmäler der neuen Länder.

## II. *Diskussionen über das Kulturerbe – die Rezeptionsgeschichte muß noch geschrieben werden*

Sowohl die Selbstdarstellungen (aus) der DDR wie auch die Ergebnisse der DDR-Forschung im Westen sind vor dem Hintergrund der historischen

Ereignisse und der neuen Erkenntnisse seit 1989 zu überprüfen. Im Falle des Kulturerbes ist das vorliegende Material allerdings nicht umfangreich, und das aus folgenden Gründen:

Bestimmt durch die vorherrschend eigentumsrechtliche Bedeutung des Erbes, als Reflex auf die ideologisch besetzte „Aneignung“ des Erbes durch die offizielle Politik der SED und auch im Nachhall zum bodenhaftenden Erbeverständnis der Nationalsozialisten bestand in der Kulturwissenschaft der Bundesrepublik Deutschland (alt) grundsätzlich wenig Neigung, sich mit dem Thema zu befassen. Ein so verklärter Blick rückwärts, wie ihn die kommunistische Propaganda mit Blick auf deutsche Kulturtraditionen pflegte, das war in der geschichtskritischen, bewußt internationalen Bundesrepublik nicht angesagt.

Die verschiedenen Kurven der Erberezeption der SED/DDR wurden bis 1980 (Preußen-Welle, s.u.) mit geringer Aufmerksamkeit registriert. Es erfolgte lediglich ein direkter aktuell politisierter Schlagabtausch anlässlich von zeitgleich gefeierten Jubiläen über den „richtigen“ Goethe (1949), Bach (1950) oder Beethoven (1952 und 1970). Eine ernsthafte wissenschaftliche Befassung begann erst gegen Ende der 70er Jahre.

Hauptursachen für das erwachte Interesse an der „Erbepflege“ waren neben dem zunehmenden Attraktivitätsverlust der eigenen Gegenwart:

- Die DDR-Regierung setzte ihr Erbeverständnis nach der innerdeutschen und internationalen Anerkennung auch außenpolitisch ein und wurde zunehmend als kulturelle Konkurrenz ernst genommen.
- Kulturpolitiker und Kulturwissenschaftler in der DDR bemühten sich um ein differenzierteres Bild der deutschen Geschichte und wurden damit fachlich lebendiger und als Diskussionspartner interessanter.

Rechtzeitig zu dem seit 1973 verzögerten Abschluß des innerdeutschen Kulturabkommens erschien 1986 eine grundlegende Darstellung der Haltung der SED/DDR zum kulturellen Erbe.<sup>2</sup> Die offizielle Interpretation teilte danach die Rezeptionsgeschichte im folgende Abschnitte:

- A. *1946 bis 1949* – Das kulturelle Erbe als Bestandteil der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung
- B. *1949 bis Beginn der 60er Jahre* – Pflege, Aneignung und Vermittlung des k.E. im Kampf für Frieden, Einheit der Nation und bei der sozialistischen Umgestaltung
- C. *60er und Beginn der 70er Jahre* – Fragen und Probleme bei der Aneignung des k.E. beim Aufbau des Sozialismus

<sup>2</sup> Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Autorenkollektiv unter Leitung von Horst Haase: Die SED und das kulturelle Erbe, Berlin/Ost 1986.

D. *70er und 80er Jahre* – Vielseitige Aneignung des k.E. in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft innerhalb der Traditionen des internationalen Klassenkampfes.

Gegen Ende der DDR wurde auch nicht mehr verschwiegen, daß die SED in jeder dieser Etappen erhebliche Probleme mit der „Aneignung“ hatte. Als Beispiele hierfür werden Auseinandersetzungen genannt um die bürgerliche „dekadente“ Moderne, über die proletarischen Kulturtraditionen, die Schwierigkeiten bei der Akzeptanz der „pessimistischen“ Romantik und der alles überschattende Streit über die gesamtdeutschen Kulturtraditionen: „Erbe“ einmal als offensives Argument gegen die „undeutschen kosmopolitischen Spalter“ im Westen, oder in defensiver Abgrenzung gegen die „ideologischen Diversanten“ der einen deutschen Kulturnation.

Unter der Regentschaft von Walter Ulbricht gab es fortlaufend kulturpolitische Anweisungen zum Kulturerbe, in deren Gefolge auch Abkanzelungen und Streit, aber eine wissenschaftliche Diskussion begann erst mit dem Anfangsschwung der frühen Honecker-Jahre. Vor allem in der Literaturwissenschaft wollte man das Erbe in seiner „Gesamtheit“ diskutieren. Germanisten und besonders Schriftsteller relativierten in den Fachzeitschriften wie „Weimarer Beiträge“ oder „Sinn und Form“ die Urteile der Sekundärklassiker (z. B. Walter Mehring galt als „nationalborniert“), welche wesentlich verantwortlich waren für das Kulturverständnis der SED-Mächtigen: „Was Erbe ist und was nicht – steht nicht ein für allemal fest“.<sup>3</sup>

Gleichzeitig wurde die Erberezeption der DDR von außen, von der BRD (alt), wo man inzwischen nach 1968 mit Vorliebe sehr viel grundsätzlicher über „den“ Sozialismus diskutierte, als „unsozialistisch“ eingestuft.<sup>4</sup> Die Erbe-Politik und -Interpretation der DDR galt im Westen bei den wenigen, die sie in diesen Jahren überhaupt beobachteten, als „artfremde“ Anbiederung an und Übernahme von bürgerlichen Leitbildern. Bestärkt wurde diese Einschätzung dadurch, daß nach und nach bekannt wurde, mit welcher Resignation am Ende gerade jene Künstler darauf reagierten, die noch am überzeugendsten den Versuch einer eigenständigen sozialistischen Ästhetik begonnen hatten: „Unsere Aufführungen in Berlin haben fast kein Echo mehr“ (Bertolt Brecht: Arbeitsjournal, Frankfurt/Main 1973, Eintragung zum 4.4.1953).

Die Kritik von links, intern oder von außen, fühlte sich bestätigt durch die Tatsache, daß die Beispiele der offiziellen Erbe-Politik und der kulturwissenschaftlichen Erberezeption nach und nach immer mehr den traditionellen Mustern der deutschen Vergangenheit und der Praxis im Westen Deutschlands entsprachen. An der Oberfläche war die Situation von gegenseitigen Vorwürfen

3 Hans Kaufmann: Versuch über das Erbe, Leipzig 1980; s.a. Zehn Anmerkungen über das Erbe, die Kunst und die Kunst des Erbens, Weimarer Beiträge, 10/1973.

4 Wolfram Schlenker: Das „kulturelle Erbe“ in der DDR, Stuttgart 1977; hier auch umfangreiche Literaturangaben.

geprägt: Von Westen aus schien es, als wolle sich die DDR den besten Teil der deutschen Geschichte allein unter den Nagel reißen, von Osten aus gerierte man sich immer mehr als der eigentliche Lordsiegelbewahrer der deutschen Traditionen.

Faktisch war das Objekt der Begierde gegen Ende der deutschen Zweistaatlichkeit nahezu identisch. Der Mitteldeutsche Kulturrat veröffentlichte 1990 in Bonn ein Kompendium „Kulturelles Erbe – Lebensbilder aus 6 Jahrhunderten“. Die Spannweite reichte dabei in der Bildenden Kunst von Lucas Cranach d.Ä. bis Otto Dix, in der Literatur von Hrotsvitha von Gandersheim bis Kurt Tucholski und in der Musik von Heinrich Schütz bis Hanns Eisler und Kurt Weill. So hätte auch die Liste des „Nationalen Rates der DDR zur Pflege und Verbreitung des Deutschen Kulturerbes“ aussehen können, selbstredend mit markigen Worten vom Klassenfeind abgesetzt.

Die westdeutsche Beobachtung der DDR zum Thema Kulturerbe war geprägt von dem Erstaunen darüber, daß der sich revolutionär gebende deutsche Ost-Staat mehr und mehr traditionsbewußt agierte.<sup>5</sup> Sie ist deshalb nicht frei von einem Gestus der Empörung, entweder über die Usurpation von konservativen Symbolen durch Kommunisten oder über den Verrat an fortschrittlichen Idealen. Forschung heute könnte möglicherweise zu dem Schluß kommen, daß die DDR zu keiner Phase ihrer Existenz so weit weg von den deutschen Kulturtraditionen war, wie sie das von sich partiell behauptete und wie dies auch von außen gesehen wurde.

### III. *Kulturpolitik der SED/DDR – der zunehmend untaugliche Versuch staatlicher Machtsicherung*

Je weiter das Ende der DDR zurückliegt und je länger die Sorge um die Erhaltung der Kulturlandschaft Allgemeingut wird, um so differenzierter wird das Urteil über die 45 Jahre Kulturpolitik (= Kunstpolitik) der SED ausfallen. Heute steht zu Recht noch beherrschend im Vordergrund, daß die Grundaufgabe staatlicher Kulturpolitik – d.i. Gewährleistung von Freiheit der Kunst – durchgängig nicht verwirklicht wurde. Demgegenüber müssen zeitweilige Auflockerungen („Taufwetter“) belanglos erscheinen. Der in der Regel wohlwollend kommentierte Spruch Erich Honeckers „Wenn man von den festen Positionen des Sozialismus ausgeht, kann es meines Erachtens auf dem Gebiet von Kunst und Literatur keine Tabus geben“<sup>6</sup>, bestätigt das

5 Peter Lapp: Traditionspflege in der DDR, Berlin/West 1988 Gesellschaft für Deutschlandforschung: Die DDR und die Tradition, Hrsg. Jens Hacker/Horst Rögner-Francke, Heidelberg 1981. Themen: Klassik, Luther, Preußen, Militär, Denkmalpflege u. a..

6 Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der SED, Band I, Hrsg. Gisela Rüb, Stuttgart 1976, Dokument 56; Band II, Hrsg. Peter Lübke, Stuttgart 1984.

lediglich mit anderen Worten. Selbst diese zumindest interpretationsfähige Aussage vom Dezember 1971 wurde kurze Zeit später im Mai 1973 wieder zurückgenommen durch das Verdikt gerade gegen jene Autoren, die glaubten, sich darauf, berufen zu können (z. B. Volker Braun und Ulrich Plenzdorf).

Niemand Geringeres als Johannes R. Becher, als Kulturbundpräsident und Kulturminister die Symbolfigur der Kulturpolitik der frühen DDR, hat analysiert, worin der „Grundirrtum“ dieser Kulturpolitik bestand, nämlich in der Annahme, „Sozialismus und Barbarei schlossen sich sozusagen a priori aus“.<sup>7</sup>

Andere Aufgaben staatlicher Kulturpolitik sind dagegen langfristig nicht in gleicher Weise schlecht zu beurteilen. Dazu gehören:

- die Schaffung relativ günstiger materieller Rahmenbedingungen,
- die Sicherung des Zugangs vieler Bürger zu Werken von Kunst und Kultur.

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten gab die DDR beachtliche Mittel für Kunst aus: Mehr als 1 % der staatlichen Ausgaben, im Vergleich zu etwa 0,7 % in der Bundesrepublik (alt). Bezogen auf den einzelnen Bürger dürften die pro Kopf-Ausgaben insgesamt für Kultur nicht signifikant auseinanderfallen, ca. 200 DM bzw. M/DDR pro Jahr. In absoluten Zahlen ist ein Vergleich wegen des unterschiedlichen Preis- und Lohngefüges nur sehr schwer möglich: z. B. Theaterausgaben: BRD 2,4 Mrd DM – DDR 0,5 Mrd M. Das Gleiche gilt für die Besucherzahlen: So sind die 10 Mio Theaterbesucher pro Jahr für die DDR im Vergleich zu den 16 Mio Besuchern in der Bundesrepublik sicher beeindruckend. Welche „normale“ Bedeutung die Theater jedoch haben, muß sich jetzt im Vergleich der alten mit den neuen Ländern beweisen (Rückgang der Theaterbesucher in den neuen Ländern um 50 % auf zur Zeit 5 Mio).

Die vierte Grundaufgabe staatlicher Kulturpolitik, die Wahrung des kulturellen Erbes, d. h. die Pflege, Erhaltung und Vermittlung der Kulturleistungen der Vergangenheit zeigt am Beispiel der DDR, welche maßgebende Bedeutung der Grunddisposition (Freiheit der Kunst) zukommt. Um es am Beispiel des Bauens zu demonstrieren: Selbst wenn man das Berliner Lindenforum zu Anfang und die Semper-Oper in Dresden gegen Ende der DDR als respektable Einzelleistungen respektiert, so reichen bereits die Sprengungen der Stadtschlösser in Berlin und Potsdam sowie der Universitätskirche in Leipzig als Gegenbeispiele allein, um die positiven Leistungen zu verdecken. Vom flächendeckenden Verfall ganzer Städte und Stadtteile infolge einer

7 Johannes R. Becher: Selbstzensur. Die Aufzeichnungen Bechers zu Stalin von 1956 wurden erst 1988 veröffentlicht: Sinn und Form, Berlin/Ost, Mai/Juni 1988, S. 543 ff.

Zur Kulturpolitik:

Manfred Jäger: Kultur und Politik in der DDR, Edition Deutschland Archiv, Köln 1982

Friedrich-Ebert-Stiftung: Zur Kulturpolitik in der DDR, Bonn 1989

verfehlten Baupolitik bzw. aufgrund ökonomischen Unvermögens muß dabei noch gar nicht gesprochen werden.

Die Politik hat die Kultur ohne Pause die 45 Jahre der SBZ/DDR in den Dienst genommen – insoweit gibt es keinen Unterschied zwischen Anfang und Ende der SED. Kultur blieb stets Mittel zum politischen Zweck, dem der Machtsicherung vor allem. Entsprechend der historischen Ausgangslage nach dem verlorenen Krieg und den 12 Jahren Nationalsozialismus, mit Rücksicht auf die nationale und internationale Situation änderten sich dabei die Formen. Im wesentlichen handelte es sich dabei um drei Phasen:

1. Politische Umwälzung (1945 bis Anfang der 50er Jahre)
2. Sozialistischer Aufbau (ca. 1953 bis Ende der 60er Jahre)
3. Etablierung des staatlichen Systems (ab 1961).

In allen drei Phasen spielte das kulturelle Erbe eine spezifische wichtige Rolle – viel wichtiger als in der ökonomisierten Bundesrepublik (alt):

Anfangs war die Erbpflege Mittel zur Gewinnung der bürgerlichen Intelligenz und diente generell zur Abwehr des Vorwurfs einer geschichtslosen kommunistischen Herrschaft. In der zweiten Phase war sie Orientierung und Gegenmuster bei dem innerparteilichen Versuch des Aufbaus neuer „revolutionärer“ Institutionen. Schließlich in der Zeit äußerer staatlicher Macht-Sicherheit, aber der zunehmenden Unsicherheit im Inneren über die Inhalte der Machtausübung, diente die Erbpflege als ideeller Nachweis der Existenz auf Dauer.

Insgesamt war es wie bei einem neuen Weg im tropischen Urwald: Nach und nach eroberte sich das traditionelle Kulturerbe seinen Platz im Staat zurück, es wurde nur dem Namen nach mit dem Epitheton „sozialistisch“ versehen. Was hatten Bach und Luther in ihrem Jubiläumsjahr 1985, was hatte die zeitgleiche international beachtete USA-Ausstellung „The Splendour of Dresden“ eigentlich mit der DDR zu tun? Vor 500 Jahren Protestantismus in Deutschland wurden 40 Jahre DDR zu einer Flüchtigkeit.

Drei Daten auf diesem Weg:

1. *Gründungen:* Die „Gründungs-Phase“ zog sich von 1945 bis etwa 1953 und betraf u. a. Verlage (Aufbau, Mitteldeutscher Verlag), Ausstellungen (Allgemeine Deutsche Kunst-Ausstellung Dresden), den Film (DEFA) und natürlich den „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“. In dieser Phase war nicht nur die Mitarbeit von SED-Parteigängern gefragt. Nur der Tod hat z. B. verhindert, daß der greise aber belastete Gerhart Hauptmann im Kulturbund Ehrenpräsident wurde! Mit dem „Karl-Marx-Jahr“ 1953 und dem 17. Juni war dann trotz der gerade eröffneten „Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der Klassischen deutschen Literatur“ in Weimar die Phase der Neugründungen beendet. Von 1948 an erfolgte als Reflex auf die sowjetische Debatte die Ausgrenzung der

- gesamten Moderne des 20. Jahrhunderts als „formalistisch“. Gerade diese Debatte hat auch persönlich vielen Künstlern, die guten Willens in die DDR kamen, das System verleidet, und das war wohl auch beabsichtigt.
2. *Bitterfelder Weg*: Der Kampf gegen die Moderne brachte organisatorisch und personell Veränderungen, die bis zum Ende der DDR erhalten blieben: Die spartenmäßig aufgeteilte Kulturverwaltung wurde 1954 im Ministerium für Kultur zentralisiert, und Kurt Hager war von 1955 bis 1989 als ZK-Sekretär der SED der fachlich höchstrangige Kulturpolitiker. In Entsprechung zu den radikalen Umwälzungen („sozialistische Revolution“) in anderen gesellschaftlichen Bereichen wurde auch versucht, eine eigenständige Kunstpolitik zu kreieren. Symbol dieses Versuchs, denn um mehr handelte es sich nicht, war die Bitterfelder Konferenz vom 24.4.1959. Danach sollten die Arbeiter nun die „Höhen“ (das hieß konkret noch am ehesten: die Höhen der deutschen Klassik) der Kultur stürmen, andererseits sollten die offenbar als elitär eingestuften Künstler zu den Arbeitern hinabsteigen. Insgesamt sollte die Trennung von Volk (= Leben) und Kunst beseitigt werden. Die Folgen waren u. a. der gänzliche Verlust des bis dahin immer noch vorhandenen kritischen Potentials und die Nivellierung von Unterschieden, d. h. eine Qualitätsminderung.
  3. *Ausreisen*: Es ist verständlich, daß die Künstler ebenso wie die übrige Bevölkerung den Übergang von Ulbricht zu Honecker 1971 als neue Chance begriffen. Das seit langem versprochene Rückbesinnen auf die eigene Kraft „im Schatten der Mauer“ sollte nun, mit 10jähriger Verspätung, beginnen. *Wolf Biermanns Ausbürgerung* im Jahre 1976 machte dann unübersehbar klar, daß ausgerechnet vom Organisator des Mauerbaus und ehemaligem Sicherheitschef der Partei die beschworene Weltoffenheit nicht unbedingt zu erwarten war. Die Ausbürgerung ist aber kein Wendepunkt in der offiziellen Kulturpolitik, sondern nur ihre drastische Bestätigung.<sup>8</sup> Aber sie war dennoch ein Einschnitt insofern, als für alle, die es wissen wollten, nunmehr klar war: Es gibt keine Chance für eine kulturpolitische Erneuerung.

Die Zeit von 1976 bis 1989 blieb dennoch keine „Eiszeit“ mit unbeweglicher Starre, denn die internationalen politischen Rahmenbedingungen konnten zunehmend als innenpolitische Berufungsgrundlage herangezogen werden (KSZE-Prozeß seit 1975). Die Fort-Schritte blieben jedoch minimal, das Tempo schneckenhaft. Mit der bürokratischen Vollendung einer flächendeckenden Stasi-Überwachung wurde die persönliche Lage der Künstler immer undurchsichtiger: Genehmigung und Verbot, Ausreise und Flucht, Besuch im Ausland und Inhaftierung – alles stand nebeneinander.

<sup>8</sup> Biermann unterlag in der DDR seit 1966 einem Auftritts- und Veröffentlichungsverbot. Wenige Tage vor seiner Ausbürgerung wurde Rainer Kunze aus dem Schriftsteller-Verband ausgeschlossen.



Beispielhaft für diese Phase steht Stefan Heym. Lächerlich und typisch zugleich seine 1979 erfolgte Verurteilung zu einer Geldstrafe von 9.000 Mark vor einem Kreisgericht, weil er seine Bücher ohne Genehmigung im Westen veröffentlichte. Diese Begründung war angesichts des dabei entstandenen Medienrummels eigentlich grotesk, ein Vorgang, der vom westdeutschen Verleger als Reklamegag ausgedacht sein könnte zur Steigerung der Auflage. Hier zeigte sich: Die Kulturpolitik hatte sich endgültig im Gestrüpp unterschiedlicher Interessen und Instanzen verhakt.<sup>9</sup>

In diesem „systematischen Durcheinander“ konnte sich wehren, wer einigermaßen prominent war. Es gab auch Autoren, die keine oder wenig Zugeständnisse machten: Heiner Müller, „Der Bau“ – nach 15 Jahren aufgeführt; Volker Braun, „Die Kipper“ – nach 7 Jahren. Dennoch bleibt die Frage, ob die Sprengkraft eines Themas sich nach einer solchen Wartezeit nur zum Insidergag verflüchtigt hatte. Die Kulturpolitik stand am Ende der DDR vor dem gleichen Problem wie der Gesamtstaat: Die Zugeständnisse wurden immer größer, aber sie bewirkten nichts, weil die Öffnung zu spät kam, weil die Menschen überhaupt nicht einsahen, weshalb überhaupt irgendwelche kulturpolitischen Beschränkungen akzeptiert werden sollten.

#### IV. *„Die Klassik“ – Orientierungspunkt von Anfang bis Ende der DDR*

In der Programmklärung zur Gründung des Ministeriums für Kultur der DDR von 1954 heißt es: „Das Hauptziel einer deutschen Kulturpolitik besteht darin, das unsterbliche Erbe unserer nationalen Kultur und besonders der Klassik zu pflegen.“ (Neues Deutschland, 25.3.1954). Zwei Jahre zuvor schrieb Bertolt Brecht, der ja bekanntlich schon 1949 mit dem SED-Goethe seine Schwierigkeiten hatte, in sein Arbeitsjournal: „lese eislers brief an die kulturabteilung, in dem er den versuch, aus beethoven einen deutschen patrioten zu machen, scharf kritisiert“ (18.2.1952; a.a.O. S. 976).

Für Brecht war die andauernde Beschwörung der Klassik schlichtweg eine „Einschüchterung“ der Gegenwart und des Sozialismus. Für die SED-Oberen war dies die „Inbesitznahme“, „Aneignung“, ja sogar „Vollstreckung“ der „erhabensten Traditionen“ der deutschen Arbeiterbewegung, des deutschen Volkes, des Humanismus ganz allgemein. Aus westlicher Sicht bestand Anlaß zur Sorge, die kommunistische DDR könne sich mit den Klassikern aufhellen oder sogar, es könne ihr gelingen, diese von der Bundesrepublik (alt) weg- und zu sich hin zu interpretieren.

<sup>9</sup> Charakteristisch hierfür ist auch der Nachruf des Neuen Deutschland am 18.11.1986 auf den lange Jahre maßgeblichen Kulturpolitiker Hans Koch (Selbstmord); s. Deutschland Archiv, Nr. 1/1987, S. 15.

Wenn man die offensichtliche, spätestens seit dem 13. August 1961 auch handgreifliche, Schwachstelle der DDR berücksichtigt, nämlich die mangelnde Akzeptanz bei der eigenen Bevölkerung, dann muß man sich die Frage stellen: Was hat eigentlich ausgerechnet die Kommunisten in der DDR trotz des omnipräsenten westdeutschen Staates dazu gebracht, sich so intensiv und so ausdauernd auf die Klassiker zu beziehen, an deren Wertmaßstäben die sozialistische Gegenwart letztlich doch immer umfassend scheitern mußte? Warum hat sich diese Gesellschaftsordnung, die erklärtermaßen doch prononciert „neu“ sein wollte, nicht mit der künstlerischen Moderne des 19. und 20. Jahrhunderts verbunden – obwohl die Ideen zeitgleich entstanden und obwohl die Mehrzahl der Protagonisten der Moderne dem Sozialismus zumindest nahestand?

Um es an einem Ort festzumachen: Im Goethe-Jahr 1949, als aus der Zone ein Staat werden sollte, mochte es noch zweckmäßig und notwendig sein, in Weimar den Geistesheroen zu opfern. Aber die Olympier wurden deshalb nicht zu Kommunisten, die Stadt stand von Nietzsche bis zum Bauhaus auch für die Moderne und parteipolitisch (sichtbar an der massiven Architektur des Gau-Forums) stand sie der NSDAP früher nahe als die meisten anderen deutschen Städte – bis hin zum benachbarten Buchenwald. Die Urgewalt von Gestalten wie Bach, Beethoven oder Luther, die Geschichte Brandenburg-Preußens von F II bis Bismarck<sup>10</sup> – wie sollte dies wegweisend für die „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ der DDR werden können?

Die von Anfang bis Ende gültige Erklärung lautet: Die Führer der deutschen Arbeiterbewegung und hier insbesondere die Kommunisten waren persönlich extrem antimodern.<sup>11</sup> Diese Haltung war so stark ausgeprägt, daß selbst die Tatsache der unmittelbar vorausgehenden Zeit des Nationalsozialismus mit entsprechenden Einstellungen der damaligen Führerschaft nicht abschreckend wirkte – dies galt einschließlich des Vokabulars. Verstärkt kam für Kommunisten hinzu: Die Vorgaben aus der Sowjetunion entsprachen exakt diesem Muster. Wenn in Deutschland für Russen – außer der Reichspost – etwas bewunderungswürdig war, dann die Klassiker der deutschen Kultur. Und wenn etwas abgelehnt wurde, dann der dekadente, nihilistische, pessimistische kurzum „moderne“ Westen, seit der Realismus-Kampagne von Shdanow ab 1948 mit neuer Aktualität.

Gegen diese beinharte Haltung der Chefs gelang es dem aufgeklärteren Teil der Partei und der Künstler nur in einem ausdauernden Kleinkrieg,

10 Zwischen der Biographie von Ingrid Mittenzwei über „Friedrich II. von Preußen“ (nicht: „der Große“) im Jahre 1979 und der Bismarck-Biographie von Ernst Engelberg im Jahre 1985 hat es einen vielbeachteten Ruck in der Traditionspflege der DDR gegeben (s.u.).

11 Anna-Sabine Ernst: Erbe und Hypothek – (Alltags-)Kulturelle Leitbilder in der SBZ/DDR 1945–1961, in: Kultur und Kulturträger in der DDR, Hrsg. Stiftung Mitteldeutscher Kulturrat, Berlin 1993, S. 9 ff.

die größten Unsinnigkeiten abzumildern: Nicht nur Goethe – sondern auch die Romantik, nicht nur griechisierende Tempel-Architektur – sondern auch Bauhaus, nicht nur Realismus – sondern auch Expressionismus (aber natürlich nicht Surrealismus oder Dadaismus). Bei Barlach gelang das ziemlich schnell: 1952 wurde die Barlach-Ausstellung der Akademie der Künste parteioffiziell als „dumpf und tölpelhaft“ abgekanzelt, aber schon 1953 wurde die Barlach-Gedenkstätte in Güstrow eröffnet. Im Falle Kafka war das schon schwieriger und bei Nietzsche trotz einiger Freiluftübungen („Ecce homo“-Faksimile für 290 M und Genehmigung zur Edierung des gesamten in Weimar befindlichen Nachlasses für den Gebrauch außer Haus durch italienische Kommunisten) bis zuletzt unmöglich.

Die Führung von Partei und Staat hatte aus ihrer Sicht gute Argumente für die ehrfürchtige Haltung zur deutschen Klassik:

- die eigenen Klassiker (Marx/Engels/Lenin) vertraten cum grano salis die gleiche Auffassung;
- die sowjetischen Verbündeten schlossen sich dem ohne Ausnahme an;
- die DDR selbst wurde sich zum Erbe, d. h. wenn also 1952 Anlaß war, den großen Beethoven zu feiern, weil er 125 Jahre tot war, dann gab es 1970 beim 200. Geburtstag noch mehr Grund dazu.<sup>12</sup>

Die zeitlebens verkrampte Einstellung der DDR zur BRD besorgte ein Übriges und verbaute jeden Rückzug. Die Klassiker waren nicht nur Leitbilder, sie mußten auch gegen die Bundesrepublik behauptet werden bis hin zu der die Grenze der Lächerlichkeit überschreitenden Unterstellung, die DDR sei der eigentliche Hort alles Guten und Wahren der deutschen Geschichte.

Ohne Wenn und Aber folgte daraus, daß die Spitzenleistungen der Hochkultur auch für die Breitenkultur verbindlich waren. Die „sozialistische Persönlichkeit“ war eben „kulturvoll“, und das hieß „edel, hilfreich und gut“. Am Anfang der DDR mag das noch der kleinste gemeinsame Nenner für den Wiederaufbau gewesen sein, am Ende war dementsprechend alles kulturell eingeebnet: Von der Körper- bis zur Verkaufskultur, von den Arbeiterkulturfestspielen bis zum Kulturbeutel (bekanntlich nicht nur in der DDR).

Wenn etwas von diesem erhabenen Muster abwich, mochten es nun Blue Jeans, Boogie-Woogie oder Proletkult sein, dann galt das bei den führenden Herren einfach als schlechter Geschmack oder, noch schlimmer, als Disziplinlosigkeit.

12 Der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, sagte in Richtung Westen am 16. Dezember 1970 auf dem Festakt zur Beethoven-Ehrung: „Das Erbe Beethovens ist schon längst nicht mehr in seiner Geburtsstadt Bonn beheimatet. Es kann nicht von einem Staat bewahrt und fortgeführt werden, in dem die humanistischen Ideen nichts, aber das maßlose Profitstreben alles bedeuten und in dem die reaktionären imperialistischen Kräfte noch immer das politische Leben entscheidend beeinflussen. Es beweist sich erneut, daß die Gegensätzlichkeit der Gesellschaftssysteme in der DDR und der BRD eine innere Beziehung auch im ideologisch-kulturellen Bereich ausschließt. Das Erbe Beethovens gehört der sozialistischen deutschen Nationalkultur und zugleich den Kräften einer demokratischen, progressiven Kultur in der ganzen Welt.“ (Sonderdruck)

Letzteres machte auch die Zielstellung deutlich: Nicht das Ministerium für Kultur war bestimmend, sondern das für Volksbildung bzw. für Auswärtige Angelegenheiten oder Staatssicherheit. Die Verbindungslinie von Kultur über Moral zum Gehorsam war geradlinig – „Neuerer“ gab es nur in und für die Produktion, im übrigen waren sie verdächtig. Wenn sich denn Neuerungen gar nicht vermeiden ließen, wie z. B. in der Jugend-Musik, denn gerieten die Ersatzstoffe so lächerlich, daß man aus verständlichen Gründen lieber wieder zu den alten und stilsicheren Klassikern zurückkehrte.<sup>13</sup>

Schließlich wurde selbst innerhalb der Partei der von oben verzapfte „geschwollene Schwachsinn“ kritisiert. Inge von Wangenheim analysierte zielsicher aber ohne erkennbare Folgen: In der 3. Generation der Sozialisten wurde die Fackel einer Vereinigung des klassischen und des sozialistischen Humanismus nicht weitergegeben. Sie war ganz einfach in den Sand gefallen.<sup>14</sup>

Die DDR war gegen Ende ihrer Zeit sich selbst zur Tradition erstarrt. 40 Jahre einer an der Klassik orientierten „Erbepflege“ produzierten eine Kette von Wiederholungen oder Wieder-Hereinholungen. Ein ritualisiertes Programm wurde abgespult: mit Gedenkstätten, Feiertagen und Auszeichnungen; in Schulen und Betrieben, in Massenorganisationen und Massenmedien, bei Staat und Partei sowieso. Interessant war eigentlich nur – und dies wurde besonders aus der Bundesrepublik mit großer Aufmerksamkeit registriert – wann man sich wieder welches neue Stück deutscher Geschichte „aneignete“. Nach den Preußen und Luther blieb am Ende nur noch die NS-Zeit und das, was man ihr andichtete (z. B. Nietzsche) tabu bzw. eine „Erblast“ der Westdeutschen.

#### V. *Denkmalpflege ist Erbepflege – unstrittig im Grundsatz ab 1975*

Spätestens seit dem europäischen Denkmalpflegejahr 1975 ist Erbepflege vor allem Pflege historischer Bauwerke, d. h. Denkmalpflege. Ihr Rang und ihre positive Bedeutung sind weitgehend unbestritten. Dies galt ab diesem Zeitpunkt auch für die DDR, selbst wenn der sich so nennende Arbeiter- und Bauern-Staat anfangs mit den manifesten Zeugnissen der Vergangenheit, insbesondere mit Schlössern, Kirchen und Herrenhäusern wenig im Sinn hatte,

13 Der Versuch eines „geschmackvollen gesellschaftsfähigen deutschen Modetanzes“, gemeint ist der Lipsi oder auch „Sputnik-Walzer“, wurde 1959 gestartet. Er hatte gegen die Urgewalt anglo-amerikanischer Pop- und Rockmusik niemals auch nur den Hauch einer Chance, selbst wenn King Elvis zu jener Zeit wegen seiner Militärzeit in Deutschland keinen neuen Ton von sich gab.

14 Inge von Wangenheim: Genosse Jemand und die Klassik, in: neue deutsche literatur, Nr. 3/1981, S. 99f

Das Zusammentreffen von traditioneller Moral mit kommunistischer Parteidoktrin in der kleinen DDR hat am treffendsten Günter de Bruyn in seinen Büchern geschildert, z. B. in „Neue Herrlichkeit“ (Halle 1984): Der Sohn hoher Parteifunktionäre darf so ziemlich alles heiraten zwischen Proletariat und Hochadel – aber eines darf nicht sein: Eine Schwiegertochter mit West-Verwandtschaft! Dann entsteht die aus der guten Gesellschaft bekannte nicht standesgemäße Mesalliance.

sie teilweise sogar wegsprengte oder zumindest in großer Zahl verkommen ließ. Was jedoch 1945 eine bewußt politische Haltung war, das muß ab 1975 vor allem als ökonomisches Unvermögen gekennzeichnet werden. Dies gilt selbst dann, wenn faktisch für die Bausubstanz Sprengung und Verfall nur hinsichtlich ihrer zeitlichen Dimension differieren.

Denkmalpflege in der DDR ist zu unterscheiden in einen ersten klassenkämpferischen Abschnitt (etwa bis Mitte der 70er Jahre) und eine zweite Phase, in welcher vom Grundsatz her keine gravierende Abweichung zur Auffassung im übrigen Europa bestand.

1. Denkmalpflege und Wiederaufbau nach ideologischen Vorgaben: Das klassisch-humanistische Erbe wird restauriert (z. B. Linden-Forum Berlin, Zwinger-Dresden, Wartburg-Eisenach, Nationaltheater-Weimar, aber auch der Dom in Magdeburg). Was als reaktionär gilt, wird beseitigt (z. B. die Schlösser in Berlin und Potsdam, die Reste der Innenstadt Dresdens). Diese Phase kulminierte 1968 mit der Sprengung der Garnisonkirche in Potsdam und der Universitätskirche in Leipzig).<sup>15</sup> Es sei hier der Hinweis erlaubt, daß aus ähnlichen Erwägungen heraus im gleichen Jahrzehnt auch das Braunschweiger Schloß abgeräumt wurde.
2. Danach erfolgte eine Wende, zumindest in den Köpfen. Die Rekonstruktion von Innenstadtbereichen trat an die Stelle des radikalen Neubaus im Zentrum. Die Zeit der Errichtung von „strukturbestimmenden Ensembles“ mit zentralem Aufmarschplatz und profilbestimmendem Hochhaus war mit dem Ende Ulbrichts abgelaufen.<sup>16</sup> Der lange Zeit bei Altbauten bewußt in Kauf genommene Substanzverlust war jedoch schon so weit fortgeschritten und die materielle Schwäche des Systems so beherrschend, daß gegen besseres Wissen dem Verfall kaum Einhalt geboten werden konnte. Da gleichzeitig entsprechend der Honeckerschen Maxime Baupolitik zur Sozialpolitik wurde und die Neubau- „Lösung der Wohnungsfrage“ in der Prioritätenskala ganz oben stand, kam es immer mehr zu einem grotesken Nebeneinander:

15 Der Dresdener Oberbürgermeister Walter Weidauer (Inferno Dresden, Berlin/Ost 1987) ist ein Prototyp für diese Widersprüche: Einerseits klagt er wortreich über den „teuflischen Plan“ und die „verbrecherische Aktion“ der Zerstörung Dresdens durch den alliierten Bombenkrieg. Andererseits beseitigte der von ihm propagierte Neuaufbau die letzten stehengebliebenen Reste der bürgerlichen Innenstadt. Die historische Gerechtigkeit gebietet es, zumindest darauf hinzuweisen, daß zur gleichen Zeit im Westen städtebauteoretisch ebenso aggressiv argumentiert wurde.

Die Verluste des Bombenkriegs sind für beide Staaten ausführlich dokumentiert – für die DDR m.E. sogar noch eindrucksvoller:

Schicksale deutscher Baudenkmale im zweiten Weltkrieg, Hrsg. Götz Eckardt, 2 Bände, Berlin/Ost 1980.

Hartwig Beseler/Niels Gutschow: Kriegsschicksale deutscher Architektur, 2 Bände, Neumünster 1988.

16 Manfred Ackermann: Veränderungen in Architektur und Städtebau der DDR, in: Tradition und Fortschritt – 19. Tagung zum Stand der DDR-Forschung 20.-23.5.1986, Köln 1986, S. 141 ff.

- Mit großem Aufwand rekonstruierte Kulturbauten: z. B. Schauspielhaus und Dom am Gendarmenmarkt in Berlin oder die Semper-Oper in Dresden.
- Riesige Neubau-Areale auf der grünen Wiese zu Lasten der Stadtkerne: Berlin-Marzahn (60.000 Wohnungen), -Hellersdorf (43.000), -Hohenschönhausen (37.000), Rostock-Nordwest (37.000), Leipzig-Grünau (34.000), Halle-Neustadt (33.000) u.v.a.
- Flächendeckender Verfall ganzer Innenstädte direkt in der Nachbarschaft von teilrenovierten Straßenzeilen: Halberstadt, Quedlinburg, Görlitz, Altenburg, Stralsund, Stendal, Brandenburg, Meißen u.v.a.

Insbesondere der Verfall vieler historisch geprägter Innenstädte, die den Bombenkrieg unbeschadet überstanden, hat die Wut der Bürger auf das System entflammt. Es war äußerlich das demonstrativste Beispiel für hausgemachte Unfähigkeit. Da das offensichtliche Problem wie gewohnt propagandistisch weggeredet wurde, entstand der Eindruck bewußter Böswilligkeit. Dies hat dann dazu geführt, daß selten Bereitschaft vorhanden war, Änderungen im theoretischen Ansatz der Denkmalpflege zur Kenntnis zu nehmen.

Die Veränderungen sind in den förmlichen Rechtsgrundlagen ablesbar:<sup>17</sup>

1950 Denkmalschutzverordnung (Erhaltung und Pflege der nationalen Kulturdenkmale)

1961 Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale (Organisatorische Neuerung: Gründung des Instituts für Denkmalpflege mit Außenstellen in den ehemaligen Landeshauptstädten)

1975 Denkmalpflegegesetz der DDR vom 19.6.1975 (GBl. I, Nr. 26, S. 458)

1979 Bekanntmachung der zentralen Denkmalliste (GBl. I, Sonderdruck Nr. 1017 vom 5.10.1979)

1980 Kulturgutschutzgesetz vom 10.7.1980 (GBl. I, Nr. 20, S. 191).

Theoretisch war damit im Bereich der Denkmalpflege die DDR auf einem durchaus respektablen Stand: Die rechtlichen Grundlagen schienen ausreichend, die Organisation war zweckmäßig, selbst die wissenschaftlichen Publikationen fanden Beachtung.<sup>18</sup>

17 Astrid Wokalek: Denkmalpflege in der DDR, Analysen und Berichte des Gesamtdeutschen Instituts, Bonn Nr. 6/1984 (unveröffentlicht).

18 Das 1961 gegründete und dem Ministerium für Kultur unterstellte Institut für Denkmalpflege arbeitete mit (Landes-)Instituten in Berlin, Dresden, Halle, Schwerin und Erfurt. Zum Institut gehörten 5 VEB Denkmalpflege. Mit der Propagierung der Denkmalpflege befaßten sich u. a. der Rat für Denkmalpflege und die Gesellschaft für Denkmalpflege beim Kulturbund (beide seit 1977). Das Institut gab für den Bereich der DDR Neuauflagen vom „Dehio-Handbuch der Deutschen Kunstdenkmale“ heraus und es erschienen in der Reihe „Bau- und Kunstdenkmale in der DDR“ Landesbände (Thüringen/1973, Mecklenburg/1977 und Sachsen/1978) bzw. Ortsbände (Potsdam/1978, Frankfurt/1980).

Einer breiteren Öffentlichkeit wurde dies nach und nach bewußt, beispielsweise mit der Rückkehr des Reiterstandbilds Friedrichs des Großen aus seinem Exil im Hippodrom von Sanssouci nach Berlin Unter den Linden im Jahre 1980. Selbstverständlich gab es Kritik an der geringen Zahl der Denkmale (48.000 für die gesamte DDR bei ca. 400.000 in der damaligen Bundesrepublik), wie überall auch konkreten Streit vor Ort über Modernisierung und/ gegen Werterhaltung. Aber es ist nicht untypisch, daß die Denkmalpfleger als Fachkollegen die deutsche Einheit relativ problemlos vollzogen: Am 2. März 1990 verkündeten sie gemeinsam die „Wartburg-Thesen“ zur Denkmalpflege in Deutschland und auf der ersten gemeinsamen Jahrestagung 1991 in Potsdam gab es, unbeschadet der extrem unterschiedlichen Ausgangslage im Faktischen, keine signifikanten theoretischen Ost-West-Differenzen mehr.<sup>19</sup>

Im Nachhinein kann sogar der Eindruck einer fast parallelen Entwicklung in beiden deutschen Staaten entstehen. Das „gemeinsame“ Schinkel-Jahr 1981 scheint dies zumindest für das letzte Jahrzehnt zu belegen. Aber das Beispiel der Rezeption des Bauhauses bis zu seiner Wiedereinweihung im Jahre 1976 zeigte doch, daß dies in der SBZ/DDR wie anderswo von einer Politik der Anti-Moderne begleitet wurde:

1945 schien eigentlich der Zeitpunkt gekommen, um die mit dem Bauhaus bis 1933 in Gang gesetzte Erneuerung der Architektur auch und gerade in der SBZ (Weimar-Dessau-Berlin) wieder aufzugreifen. Die Bauhäusler standen unkompromittiert in Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und viele Ehemalige besetzten wichtige Positionen: z. B. Mart Stam als Rektor der Kunsthochschulen in Dresden und Berlin, Richard Paulick als Abteilungsleiter im Institut für Bauwesen der Deutschen Akademie der Wissenschaften oder Hermann Henselmann als Direktor der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar.

Nach dem antimodernen Eishauch aus Moskau ab 1948, dem in der SBZ/DDR unter Bezug auf das eigene Klassiker-Verständnis nur zu gern entsprochen wurde, kam es jedoch zu einem einschneidenden Bruch: Architektur wurde dem Inhalt nach sozialistisch, der Form nach national – geboren war „Nati-Tradi“, der Stil der nationalen Tradition. Zu seiner Durchsetzung gründete die SED 1951 die Deutsche Bauakademie (später in den 70ern, als die Nation auf die DDR verkürzt werden sollte, Bauakademie der DDR). Ihr Präsident wurde mit klassenkämpferischer Ahnenreihe Kurt Liebknecht. Für den Chef Ulbricht war das Bauhaus undeutsch und unschön, also „volksfeindlich“. Was war dazu zu sagen, daß die gerade untergegangenen Nazis wortgleich argumentierten? Die Nazis hätten eben aus taktischen Gründen die „gesunde Abneigung

<sup>19</sup> Hermann Heckmann: Denkmalpflege in der DDR, in: Die DDR und die Tradition a.a.O. S. 189 ff. S. das Referat des Vorsitzenden der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger, des Niedersächsischen Landeskonservators Hans-Herbert Möller: „Denkmalpflege in Deutschland – Aufgaben, Probleme, Ziele nach der Wiedervereinigung“, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, München 1991, S. 101 f.

des Volkes gegen diese amerikanischen Kulturbarbareien“ mißbraucht (Erster Deutscher Architektenkongreß 1952).<sup>20</sup>

Bekanntlich hatte sich das Bauhaus nicht gerade durch eine Vorliebe für Denkmalpflege ausgezeichnet. Aber nun kamen die Radikalität der „sozialistischen Umwälzung“ und die affenartige Geschwindigkeit, mit der die Parteibauhäusler ihre eigenen Auffassungen widerriefen, zusammen. Das Ergebnis ist heute wiederum ein Objekt der Denkmaldiskussion: Die größeren Städte der DDR kennzeichnet in ihrer Mitte ein Zusammentreffen von stalinistischer Zuckerbäckerarchitektur und wüster Leere (z. B. die Stalinallee in Berlin). Bei Architektur und Denkmalpflege hat die kommunistische Berufung auf das klassische Erbe, welches z. B. in der Literatur für die Werke selbst gefahrlos blieb, naturgemäß ganz andere Konsequenzen. Hier kann Platz für das Neue oft nur durch Abräumen des Alten geschaffen werden. Mit einer bloßen Neuinterpretation ist es leider nicht getan.

Diese Tendenz verstärkte sich unter den spezifisch deutschen Bedingungen, denn durch Kriegszerstörung war die Substanz häufig tatsächlich ruinös. Verbliebene Reste wurden im Zeichen der generellen Ökonomisierung der Baupolitik sogar noch weggeräumt. Architektur und damit auch Denkmalpflege wurden aus der Kultur- in die Baupolitik überstellt. Das Ministerium für Bauwesen (seit 1963 vertreten durch den Bauingenieur Wolfgang Junker) verstand die Industrialisierung des Bauens wie die Parteiführung vor allem als technische, wirtschaftliche und soziale Aufgabe und am Ende galt die Erstellung von typisierten Wohnblöcken als Verwirklichung der Ideen des Bauhauses. Das Symbol-Gebäude von Walter Gropius in Dessau wurde 1966 unter Denkmalschutz gestellt und 10 Jahre später als Begegnungs- und Lernzentrum wieder eingeweiht. Inzwischen war es alt genug geworden und rechnete selbst zum klassischen Erbe. Wolfgang Junker verkündete bei der Einweihung frohgemut, daß das Erbe des Bauhauses – wie ja bekanntlich alles Gute und Schöne – bei der DDR „in guten Händen“ sei.

In wenigen Bereichen war der Unterschied von Theorie und Praxis in der DDR so augenscheinlich wie im Bereich der Denkmalpflege. Die offizielle Propaganda-Broschüre des Ministeriums für Kultur („Kultur in der DDR – Fakten, Zahlen, Dokumente“ Berlin/Ost) führte 1988 in der Rubrik „Kulturelles Erbe“ an, die Erbpflege sei „in seiner ganzen Breite und Differenziertheit“ „Verfassungsauftrag“. Einen besonderen Stellenwert habe dabei die Denkmalpflege, und hier wiederum in dieser Reihenfolge: historische Stadtkerne, Rathäuser, Burgen, Schlösser, Klöster, Kirchen, alte Dorfensembles, Gärten und Parks, Produktionsanlagen, Verkehrsbauten, Denkmale aus der Geschichte

<sup>20</sup> Thomas Hoscislawski: Die Bauhausrezeption in der DDR, in: Deutschland Archiv, Nr. 10/1990, S. 1582 f.



der Arbeiterbewegung. Wer wollte dieser Prioritätenliste im Großen und Ganzen widersprechen? Lediglich die alltägliche DDR-Realität tat dies, allerdings umso drastischer.

Dennoch bleibt die Frage, und zwar auch angesichts der Zerstörungen im westlichen Teil Deutschlands: Bietet die Ausgangslage von 1990 seit der staatlichen Einheit für die Denkmalpflege nicht doch unwiederholbare Chancen zu gesamtdeutsch identitätsstiftender Erbpflege? Zwar ist die DDR generell mit den Kriegszerstörungen schlechter fertig geworden als die Bundesrepublik (Dresden, Magdeburg, Dessau, Chemnitz/Karl-Marx-Stadt), aber es sind auch eine Reihe von „altdeutsch“ anmutenden Stadtlandschaften erhalten geblieben, die in dieser Form westlich der Elbe in den 60er Jahren wegrationalisiert wurden und die auch durch postmodernen Rückbau oder Reparatur nicht wieder geschaffen werden können: Weimar, Gotha, Eisenach, Freiberg, Bautzen, Meißen, Görlitz, Wittenberg, Neuruppin, Schwerin, Güstrow usw. Diese Städte bieten durchaus – wenn sie nicht modernistisch durchgestylt werden – für alle Deutschen einen Anker des gebauten Kulturerbes. Ob nun durch Verdienst oder aus Unfähigkeit erhalten, das ist langfristig von geringerer Bedeutung gegenüber der Frage, wie es gelingen kann, diese Stadtstrukturen bei der aktuellen kapitalen Umwälzung zu erhalten.

## VI. *Die DDR und ihre Geschichte – das Erbe kehrt zurück*

Geschichtsschreibung war nicht nur in der DDR mit der Tagespolitik eng verbunden; die Grenzen zwischen Ideologie, Politologie und Historiographie sind auch anderswo fließend. Der „revolutionäre“ deutsche Staat hatte jedoch ein besonderes Problem mit der Tatsache, daß gemessen an den rund 1000 Jahren deutscher Geschichte die Zeit seit 1945 in jedem Fall quantitativ minimal erscheinen mußte. Das Gesamtdeutsche schien übermächtig. Deshalb war die DDR-Geschichtsschreibung immer um Abgrenzung zu Deutschland bemüht, selbst schon zu einer Zeit, als die offizielle Parteilinie noch die ganze Nation vertrat:

- Absage an einen ethnisch geprägten (deutschen) Historismus und Konzentration auf die demokratischen „Kampftraditionen“ des deutschen Volkes;
- Auseinandersetzung mit der „bürgerlichen“ Geschichtswissenschaft und Herausarbeitung einer Geschichte der Arbeiterbewegung als Grundlage für das gewünschte „sozialistische Bewußtsein“;
- Rechtfertigung der DDR und damit der Teilung Deutschlands als notwendig das europäische Gleichgewicht, d. h. für Sicherheit und Friedens in Europa.

Zweck einer daraus folgenden durchgängigen Teilung der deutschen Geschichte in eine fortschrittliche und eine reaktionäre Linie war die Schaffung

von Legitimation für den „zweiten“ deutschen Staat, und zwar sowohl bei den eigenen Bürgern, in der Bundesrepublik (alt) wie auch im Ausland (West **und** Ost). In den 70er Jahren wuchs nach und nach die Überzeugung, daß der Staat DDR so neu nicht sein durfte, wenn er sich einigermaßen glaubhaft darstellen wollte. Es kam zu einer vielbeachteten Kehrtwendung:

Äußerlich markantes Beispiel war die „Preußen-Welle“<sup>21</sup> 1980/81. Die Preußen wurden in und für beide Staaten neu aktuell. Hier standen, wenn auch in unterschiedlicher Form, beide Seiten Rücken an Rücken gegen die Vergangenheit. Es war deshalb nicht nur der schwäbische Kulturpapst Hager, der sich innerlich abwandte, als der Borsusse aus dem Saarland den Preußen-König wieder unter die Linden rollen ließ. Gerade weil dies auch in der rheinischen Republik nicht unumstritten blieb, bot sich erstmals seit langem wieder für die Historiker die Möglichkeit zu fachlicher Diskussion über die innerdeutsche Grenze hinweg.

Nach den vorangegangenen Verdikten gegen Preußen, die sich zudem auf eine Tradition bei den Klassikern des Marxismus berufen konnten, ist mit Recht von einer beachtlichen Wendung in der Geschichtsschreibung der DDR gesprochen werden. Und es wurde auch intern so verstanden.<sup>22</sup>

Im Westen nahm schlagartig das Interesse an der DDR zu, im Osten wurde dies mit einigem Kopfschütteln bei den Verbündeten registriert. Die Kapitulation der sozialistischen Republik vor der deutschen Republik kündigte sich an. Die äußere Anerkennung des Staates DDR hat wohl das Seinige dazu beigetragen, daß die Führung der SED in Selbstüberschätzung nunmehr ernsthaft glaubte, sich der deutschen Geschichte in ihrer Gesamtheit stellen zu können: Die DDR sollte ihre „Nationalgeschichte“ bekommen.

Die zentralen Aspekte dieser zweiten Phase im Geschichtsverständnis der DDR waren:

a) Erweiterung der Bereiche: Es sollten „alle Traditionen ohne Enge erschlossen“ werden<sup>23</sup>, d. h. die gesamte Geschichte des deutschen Volkes (nicht

21 Hier vor allem die große Preußen-Ausstellung im Gropius-Bau in Berlin/West: Preußen – Versuch einer Bilanz, Katalog in 5 Bänden, Reinbek bei Hamburg 1981. s.a. Sebastian Haffner: Preußen ohne Legende, Hamburg 1981.

Eckhart Förtsch: Revision des Preußenbildes? Ein neuer wissenschaftlicher Ansatz in der DDR, in: Deutschland Archiv, Nr. 2/1979, S. 168 f.

Friedrich-Ebert-Stiftung: Das Preußenbild der DDR im Wandel, Bonn 1981 und Zur Bewältigung der NS-Zeit in der DDR, Bonn 1989.

22 Johannes Kuppe: Geschichtsschreibung und Geschichtsverständnis in der DDR, in: Tradition und Fortschritt a.a.O., S. 3 f.

Eberhard Kuhr/Henning von Löwis: Griff nach der deutschen Geschichte – Erbeaneignung und Traditionspflege in der DDR, Paderborn 1988.

23 Hauptvertreter der neuen Linie war Walter Schmidt: Das Gewesene ist nie erledigt, in: Sonntag Nr. 27/1981, S. 9 (damals: Direktor des Instituts für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED); oder: Geschichte ist etwas sehr Lebendiges, in: Wochenpost Nr. 52/1986, S. 16 f (nunmehr seit 1984: Direktor des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR als Nachfolger von H. Bartel s. Nr. 24).

nur die „gute“ Linie des Fortschritts), das gesamte Siedlungsgebiet (nicht nur die „kleine“ DDR) und alle Schichten der Bevölkerung (nicht nur die „Arbeiter und Bauern“). Das Mittelalter, Schlesien und Hugo Junkers wurden auf einen Schlag eingemeindet.

- b) Das konnte mit der bisherigen moralischen Aufteilung der Vergangenheit in Gut und Böse und der ja offiziell unveränderten Ideologie nur zusammengebracht werden, wenn gleichzeitig eine grundsätzliche Trennung in „Erbe“ und „Tradition“ erfolgte<sup>24</sup>: „Erbe“ war danach die Gesamtheit des historisch Vorgefundenen und Gegebenen – „Tradition“ war der für die DDR maßgebliche Teil des Erbes, das „Progressive“ der Geschichte.

Die Neuorientierung der DDR-Historiographie erfolgte im wesentlichen zwischen den Historiker-Kongressen von 1977 und 1982 (VII. Kongreß 6.-9.12.1982; Eröffnung des neugestalteten Museums für Deutsche Geschichte im Zeughaus Unter den Linden im Juli 1981). Mit diesem Ansatz öffnete sich die DDR tatsächlich in einem bis dahin nicht erfolgten Maße gegenüber der deutschen Vergangenheit. Ohne die Folgen dieser Öffnung für die politischen Ereignisse ab 1989 übertreiben zu wollen, sind doch die Wirkungen für das Bewußtsein der DDR-Bürger nicht zu bestreiten: Plötzlich war Brandenburg-Preußen wieder das historische Kernland um Berlin und überall gab es bedeutsame und weniger bedeutsame Jubiläen zu feiern („750 Jahre Berlin“ 1987). Wer sprach im „Luther-Jahr“ 1983 überhaupt noch von dem früher so gefeierten Revolutionär Thomas Müntzer? Und Karl Marx erhielt 100 Jahre nach seinem Tod eine zwar internationale, aber doch parteigeschlossene Konferenz im Palast der Republik – fertig! Luther wurde protestantisch-populär und von der Wartburg bis Wittenberg konkret erfahrbar. Marx blieb dem Fachbereich „Wissenschaft“ vorbehalten.

Auch wurde die politisch verordnete Abgrenzung zur Bundesrepublik immer komplizierter. Sie bestand zuletzt prinzipiell auch nur noch in einem Punkte ohne Wenn und Aber: Es gab nur „den“ Faschismus, d. h. einen Raum in der Geschichte, wo sich der „Imperialismus“ zuspitzte, und zwar nominell weggeblendet sowohl von der NSDAP (d. h. fern vom Sozialismus) wie auch der schrecklichen deutschen Besonderheit, dem bürokratisierten Massenmord an Juden. Die Erbpflege in den Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald, Sachsenhausen oder Ravensbrück ließ wenig vom Leid der Menschen an diesen Orten erahnen, sondern dokumentierte den Heroismus des kommunistischen Widerstands. Diese amtliche Verdrängung war möglicherweise ein Aspekt der offiziellen Geschichtsschreibung, der den Wünschen von Teilen der Bevölkerung noch am ehesten entsprach.

24 Horst Bartel: Erbe und Tradition in Geschichtsbild und Geschichtsforschung der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Nr. 5/1981, S. 387 ff.

In den ersten 10 Jahren der Amtsführung Erich Honeckers hat die DDR – ohne dies jemals zuzugeben – im Erbeverständnis eine Wende vollführt. Ob dies eine notwendige Ergänzung zur Aufnahme offizieller staatlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Regierungen war, darüber kann gestritten werden. Die propagierte Politik der Abgrenzung wurden jedenfalls im Inneren mit einer Neudefinition der nationalen Frage gekontert.

Aus dem „sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern“ in der Verfassung von 1968 wurden der „sozialistische Staat deutscher Nation“ in der Verfassungsänderung von 1974. Dies hatte die Ausrufung einer eigenständigen „sozialistischen Nation“, einer „Nation DDR“ zur logischen Folge. Dies wiederum implizierte die kategorische Ablehnung der Kulturation der Deutschen, ja in einer großen Streichaktion sogar den Wegfall des Adjektivs „deutsch“. So wurde z. B. aus der Fachzeitschrift „Deutsche Architektur“ eine „Architektur der DDR“.

Spätestens bei diesen Aktivitäten wurde überdeutlich, daß sich die offizielle Linie ins Nebulöse begeben hatte und die Hereinholung des Deutschen in die DDR auf neue Weise unumgänglich war. Zumal die Inkonsequenzen mit bloßen Händen tagtäglich zu greifen waren. Das Zentralorgan, d. h. das Sprachrohr für die offizielle Linie und nicht etwa eine Zeitung für Nachrichten, blieb ein „Neues Deutschland“, die beherrschende Partei blieb ebenso eine Deutschlands wie auch die Bahn zwar unpünktlich aber „deutsch“ hieß wie das Reich.

Der Ausweg sollte sein die Öffnung gegenüber dem gesamten deutschen Erbe, aber damit kam die Geschichte zurück. Dies entspricht im übrigen einer Tendenz in ganz Europa am Ende des Jahrhunderts, es kam natürlich auch dem Empfinden der DDR-Bürger entgegen. Diese hatten sich selten als neue Revolutionäre gefühlt, wohl aber in langer Ahnenreihe als Sachsen (sogar als Schlesier und Pommern), Thüringer, Mecklenburger oder Brandenburger.

Einen Augenblick lang schien es sogar, als könne das gewandelte DDR-Erbeverständnis die Bundesrepublik beeindrucken. Diese verstand sich selbst immer weniger, wurde unscharf-allgemein („abstrakt“), eine a-nationale Versammlung von privat orientierten Freizeitindividuen. Die DDR profilierte sich dagegen als die eigentlich deutsche Republik, weil die eigene Vergangenheit bewahrende. „In der DDR wird deutscher gemalt. Dieser Staat und seine Bürger tragen sichtbar schwerer und ausfluchtloser an der deutschen Vergangenheit.“ So Günter Grass in der Einleitung zum Ausstellungskatalog „Zeitvergleich – Malerei und Grafik aus der DDR“ 1982–84.<sup>25</sup>

25 Wie kompliziert für die offizielle DDR die Erbpolitik inzwischen geworden war, zeigt die Tatsache, daß exakt wegen dieses Vorwortes von G. Grass die Ausstellung in Hamburg fast geplatzt wäre. Die Museen der DDR sollten gezwungen werden, ihre Bilder von der Ausstellung zurückzuziehen, so daß nur Bilder aus westdeutschem Privatbesitz übriggeblieben wären. Nur die Angst vor einem angedrohten öffentlichen Skandal und die entschiedene Haltung der DDR-Künstler hat die Ausstellung dann doch in der vorgesehenen Form ermöglicht.

Nicht wenige Westdeutsche haben gegen Ende der DDR dieses Gefühl einer neuen „deutschen“ Verbundenheit mit der DDR geteilt – gleichgültig, wo sie politisch standen. Für die Protagonisten der Wende im Jahre 1989 wurde das nostalgienaher Erbegefühl der Westdeutschen ein ernsthaftes Hindernis im Bemühen um Verständnis für radikale Veränderungen. Gerade weil die DDR so erbetreu schien, erblickten Westdeutsche in ihr eine identitätsstiftende Alternative zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Bundesrepublik. Auch die Westdeutschen suchten „Erbe“, wollten nicht einfach Weltbürger und Europäer sein.

Bevor aber noch ernsthaft geprüft werden konnte, ob der altdeutsche Naturschutzpark Ost etwas für die Sinnsuche der nationalen Existenz hergab, wurde er von innen heraus infragegestellt, wurden ihm seine Korsettstangen von den Russen weggezogen und er lief aus wie eine Sanduhr. Insoweit kann die Frage, was die Erbepolitik der DDR gesamtdeutsch langfristig bedeutet hätte, nicht mehr beantwortet werden. Bevor der Westen Deutschlands etwas vom Osten adaptieren konnte, traf er „drüben“ auf die gleichen Bedingungen wie zu Hause – wenig originell. Die nationale Suche nach dem Erbe muß nun gemeinsam fortgesetzt werden; allerdings belastet wieder einmal mit einem timelag der Ostdeutschen. Diese werden erst nach einer Inhalierung des „Zeitgemäßen“ zu einem gemeinsamen Blick in die Vergangenheit bereit sein.

#### VII. *Kulturerbe – „eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation“*

Aufs Ganze gesehen, hat die Führung der SED keine kulturpolitische Position im Verlauf ihrer fast 45jährigen Geschichte so bekämpft wie die von der einen deutschen Kulturnation (ab 1969 „in 2 Staaten“).<sup>26</sup> Die Argumentation läßt sich dabei zugespitzt in zwei Phasen einteilen: Zu Zeiten Walter Ulbrichts wurde die These von den zwei Linien in der einen deutschen Nation vertreten, d. h. die eine Nation war staatenübergreifend in zwei Klassenpositionen getrennt („Krupp und Krause“). Der westdeutsche Arbeiter gehörte in diesem Schema sozusagen kultursoziologisch zur DDR. Seit der Amtsübernahme durch Erich Honecker verschob sich diese Teilung von der Bevölkerung immer mehr auf den Staat: Das „Staatsvolk DDR“ vertrat danach insgesamt die „gute“ Linie und die Bundesrepublik, von einigen nicht relevanten Ausnahmen abgesehen, stand kulturgeographisch auf der anderen Seite.

26 Erhard Hexelschneider/Erhard John: Kultur als einigendes Band?, Berlin/Ost 1984

z. Vgl. Beschluß der Kultusministerkonferenz: Die deutsche Frage im Unterschied vom 23.11.1978: „Die Deutschen diesseits und jenseits der Grenze sind durch gemeinsame Geschichte, Sprache und Kultur verbunden“.

Diese Position hat die Führung der SED bis zu ihrem Untergang vertreten. Noch der 2. und letzte Arbeitsplan zum Kulturabkommen wurde von DDR-Seite in diesem Sinne ausgehandelt und beim Treffen von Bundeskanzler Helmut Kohl mit Ministerpräsident Hans Modrow am 19. Dezember 1989 unterzeichnet.

Die offizielle Position der Regierung der DDR über den Zusammenhang von Kultur und Nation lautete:

- Nation ist nicht Nationalität. Das Volk der DDR bildet, obwohl deutscher Nationalität, eine eigene sozialistische Nation. Das konstitutive Moment zur Bildung der Nation DDR ist ihr Klassencharakter und nicht ihre ethnische Prägung.
- Die Auffassung von der einen deutschen Kulturnation ist der politische Versuch, in der Bevölkerung der Bundesrepublik die Idee einer Wiedervereinigung wachzuhalten und in Verbindung mit der Forderung nach Menschenrechten (z. B. Freizügigkeit) die DDR ideologisch zu unterwandern.
- Nicht zu leugnen sind gewisse Gemeinsamkeiten, z. B. der Sprache, der Geschichte, des kulturellen Erbes und auch in der Mentalität der beiden Bevölkerungen.

Wie ernst, d. h. für ihre eigene Existenz lebensbedrohlich, die SED diese Thesen nahm, zeigte die Abfolge der Regelung staatlicher Beziehungen zwischen den Regierungen in Deutschland. Nach Wirtschaft, Verkehr und Post, nach dem Grundlagenvertrag von 1972 wurden zahlreiche Folgeverträge abgeschlossen, und zwar vom nichtkommerziellen Zahlungsverkehr über das Gesundheitswesen bis zum Journalisten-Austausch oder zum Umweltschutz, über den Grenzverlauf und den Sport sogar bis zum Veterinärwesen. Erst 1986 und 1987 – wenige Jahre vor dem DDR-Ende – konnte jedoch eine Einigung über die Bereiche Kultur und Wissenschaft erzielt werden.

Die grundsätzlichen Differenzen über die Kulturnation waren auch bei Fragen des kulturellen Erbes in besonderer Weise präsent, z. B. beim Preußischen Kulturbesitz. Hierbei ist im übrigen anzumerken, daß der Begriff des *Kulturerbes* historisch nicht mit dem des „Deutschtums“ identisch ist: Der Streit ging auch darum, ob die Ägypterin Nofretete von Charlottenburg auf die Museumsinsel verbracht werden müsse.

Es ist davon auszugehen, daß sich die Führung der SED der Fragwürdigkeit ihrer Thesen über den (nicht bestehenden) Zusammenhang von Kultur und Nation in Deutschland bewußt war. Nicht zuletzt aus der Kenntnis der Geschichte der sozialen Bewegungen im 19. Jahrhundert und der Haltung der Frühsozialisten zur deutschen Einheit (nicht zu Preußen) war ihr bekannt, welche Sprengkraft die nationale Idee besaß und daß sich diese Kraft in Deutschland traditionell unabhängig vom Nationalstaat, wohl aber konkret im Alltag und theoretisch im Überbau auf die Kultur bezog. Sie hatte auch selbst zumindest

am 17. Juni 1953 und am 13. August 1961 demonstrativ die millionenfache Aktualität vor Ort erfahren. Von daher kennzeichnete die offizielle Position immer ein Dilemma: Abgrenzung und Eigenständigkeit betonen zu wollen, zur eigenen Selbstbehauptung, aber dennoch Gemeinsamkeiten täglich erfahren zu müssen.

Die gemeinsame Vergangenheit der Deutschen war ja schlechterdings nicht zu bestreiten und mußte dennoch so interpretiert werden, daß die DDR als eigener Staat und ihre Bevölkerung als eigene Nation notwendig daraus hervorgingen. Die Nation DDR wurde in ihrer Genese als Trias dargestellt: aus deutscher Geschichte (= Kulturerbe), progressiver Weltkultur und eigener Geschichte der SBZ/DDR seit 1945. Und wenn die eigene Bevölkerung, die Deutschen im anderen Staat, das Ausland (selbst die Verbündeten schienen skeptisch) dies nicht glaubten? Dann mußte die Basis verbreitert werden. Die Öffnung zum Kulturerbe der Deutschen ab Mitte der 70er Jahre war auch der Versuch, die These der eigenen DDR-Nation populärer zu machen. Durch die Dauer der eigenen Existenz sicherer geworden, glaubte man es sich leisten zu können, das Erbe immer weniger klassenspezifisch und immer mehr ethnisch und regionalgeschichtlich fundieren zu dürfen.

Ein Beleg hierfür war die Diskussion über die deutsche Sprache. Zu Beginn der 70er Jahre kam die These vom zweierlei Deutsch auf, das in Deutschland gesprochen werden sollte. Trotz der Vielzahl von unterschiedlichen Ausdrücken im Fach- und Politjargon, trotz des massiven Eindringens von Anglizismen im Westen, diese These war ganz offensichtlich nicht haltbar.<sup>27</sup> Deutsch war nicht teilbar – jedenfalls nicht in so kurzer Zeit und nicht in Anbetracht der Kommunikationsdichte im ausgehenden 20. Jahrhundert, über jede noch so am Boden befestigte Grenze hinweg.

Dazu kam ein erberelevantes biographisches Moment. Die Konzentration der Kulturpolitik auf die Klassik hatte in der ersten Hälfte der DDR zur Relativierung eigener DDR-spezifischer Ansätze geführt. Sie entsprang dem Wunsch der Mächtigen, ihre eigenen kulturellen Leitbilder in der DDR-Kultur wiederzufinden. Gegen Ende der DDR regierte auch nach 40 Jahren immer noch keine Generation von DDR-Bürgern. Wie sollte man aber in der DDR Thesen von zwei deutschen Sprachen begründen, wenn der Chef Saarländer, der Kulturpapst Württemberger war und die Nachwuchshoffnung aus Hinter-Pommern kam? Dies noch weniger, wenn die Nr. 1 als gesamtdeutscher Friedensfürst auftreten wollte und das „Teufelszeug“ der neuen „ausländischen“ Raketen von „deutschem Boden“ verbannte. In

27 Horst Dieter Schlosser: Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie, Köln 1990.

Muttersprache – Zeitschrift zur Pflege und Erforschung der deutschen Sprache, Nr. 3/4–1981: Sprache in Deutsch-Land.

zwei Sprachen? Damit war die wichtigste Klammer der Deutschen als lebendige Grundlage und Verbindung bestätigt.

Die Kulturtheoretiker stellten sich um und im gesamten Verlauf der 80er Jahre wurde über die Bedeutung der Traditionen für die DDR-Bürger diskutiert. Gemeint waren nicht die des Sozialismus, wie es die eigene Theorie im Unterschied zum Erbe eigentlich angelegen sein ließ, sondern die dauernden Lebensgewohnheiten der Deutschen, die regionalen Besonderheiten, die Unterschiede zu Ausländern.

War das nun „typisch deutsch“, diese Kombination von Gehorsam und technischem Verstand, von Organisationstalent und Provinzialität, von Spießertum und Entdeckergeist? War dies eine deutsche Erblast, die verhinderte, daß die Bevölkerung der DDR den Sozialismus akzeptierte?

Inbesondere die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, die Kaderschmiede der SED-Nomenklatur, und hier wiederum das Institut für marxistisch-leninistische Kultur- und Kunstwissenschaft widmete sich der Frage: Was war nach 40 Jahren Erziehung aus dem sozialistischen Menschen geworden? Angeblich kennzeichneten diesen und das hieß „den“ DDR-Bürger, folgende Merkmale: internationalistische Haltung, politisches Denken und Handeln, materialistische Weltsicht und staatsbürgerliche Bewußtheit. Oder anders: gute Kollektivbeziehungen, Aufhebung der Trennung von abstraktem Staatsbürger und privatem Menschen, höherer Stellenwert der Arbeit im Leben und Verwirklichung des gleichen Rechts auf Bildung. So sollte sie aussehen, die Säule des kulturellen Erbes, auf dem die Nation DDR stand: Insgesamt eine „diesseitig, irdische Lebenshaltung“.<sup>28</sup>

Besonders das Resümee muß wohl – bei aller Abgeschiedenheit von Wissenschaft unter der Käseglocke DDR – Schwierigkeiten bereitet haben im Ziel der Absetzung vom Bundesbürger. Die Folge war dann auch die Einfügung zusätzlicher Momente, nämlich lokalspezifischer Besonderheiten: z. B. die Freundlichkeit der Menschen im Süden der DDR, die Eigenarten von der Folklore bis zum Gaststättengewerbe – soweit noch vorhanden.

Die Rückbesinnung auf die Landsmannschaften zeigt deutlich: Das kulturhistorische Ende der DDR hatte bereits vor dem staatlichen Ende begonnen. Über die Notwendigkeit, sich als Staat im Inneren behaupten zu müssen, war die klassenkämpferische Diktion zur bloßen Attitüde geworden. Mit Blick auf den Westen muß daran erinnert werden, daß dies nicht von Anfang klar war: Das blaue FDJ-Hemd war in der einigungswilligen BRD immer hoch verboten und die Flagge der DDR kam auf dem Weg über die Münchner Olympiade zur Nichtdiskriminierung. Dies geschah auch deshalb, weil man sich in gar

28 Helmut Hanke: Kulturelle Traditionen des Sozialismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 7/1985, S. 589 f; partiell bestätigt von außen: Günter Gaus: Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 65.



keiner Weise sicher war, ob die ostdeutsche sozialistische Alternative nicht doch gewisse Erfolgsaussichten haben könnte.

Gegen Ende der DDR war eindeutig: Die deutsche Nation, das kulturelle Erbe, war vor dem Staat da und behauptete sich auch gegen ihn. Die Berufung auf kulturelle Traditionen brachte die Deutschen zusammen und die DDR in Richtung Bundesrepublik. Im letzten Jahr der DDR-Existenz arbeitete für beide Regierungen eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu Fragen des „Kulturerbes“ in der sogenannten Kulturkommission. Dabei war es dann schon unerheblich, daß diese Arbeit mit einem SED-Kulturminister begonnen und mit einem CDU-Kulturminister auf Seiten der DDR beendet wurde. Auch im Westen war es unerheblich, daß die Bundesregierung von einer CDU-Ministerin und die Kultusministerkonferenz der Länder von einer SPD-Ministerin vertreten wurden.<sup>29</sup>

Die logische Konsequenz dieses Zusammenklangs war der Einigungsvertrag, der 45 Jahre kulturpessimistischer Skepsis zwischen den Deutschen in Ost und West (mit Recht) beiseite schob und schlicht konstatierte: „In den Jahren der Teilung waren Kunst und Kultur – trotz unterschiedlicher Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland – eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation.“<sup>30</sup> Dementsprechend galt es im zu erwartenden umwälzenden Prozeß der innenpolitischen Veränderungen in den neu errichteten Ländern, die „kulturelle Substanz“ vor Schaden zu bewahren. Dies macht nur Sinn, wenn die Kultur, z. B. im Gegensatz zur Politik, Justiz oder Wirtschaft tatsächlich auch in der DDR ein Lebensbereich geblieben war, der in wesentlichen Aspekten im nun wieder gemeinsamen Deutschland wertvoll und erhaltenswert ist.

Der Zeitgeschmack der 60er und 70er Jahre hat das deutsche Kulturerbe ignoriert. Das war wenig entscheidend angesichts der Grunderfahrung der Deutschen, wonach eigentlich nur Geschichte, Kultur und Sprache unteilbar geblieben waren. Nach der staatlichen Vereinigung sind jetzt Unterschiede faktisch erlebbar, und zwar gravierend zwischen beiden Landesteilen. Nun ist eine umgekehrte Tendenz zu beobachten: Der „Zeitgeist“ konstatiert Einheit – das tägliche Leben der Deutschen ist in Ost und West geteilt. Wem das zu hart erscheint, der lese täglich Ost- und West-Zeitungen.

Bei dieser Ausgangslage und den gerade gemachten Erfahrungen muß eigentlich davon ausgegangen werden, daß sich Unterschiede stabilisieren, wenn

29 Die gemeinsame Kulturkommission beider deutscher Staaten definierte 1990 unter der Leitung von Dietmar Keller/Herbert Schirmer bzw. Dorothee Wilms/Marianne Tidick die Felder für die Arbeitsgruppe „Kulturerbe“: Denkmalpflege, Preußischer Kulturbesitz, Mahn- und Gedenkstätten, Kulturgüter, Gesamtstaatlich bedeutsame nationale Kultureinrichtungen, Archive, kulturelle Infrastruktur.

Beschluß vom 28.6.1990, Pressemitteilung des Ministeriums für Kultur der DDR, des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und der Kultusministerkonferenz.

30 Einigungsvertrag, Art. 35, Bundesgesetzblatt Teil II, S. 901, Bonn, den 28.9.1990

nicht in der Praxis, so doch zumindest in den Köpfen. Drohende Beispiele einer solchen Differenz in einem Staat sind im Ausland bekannt (Italien, bis heute in Nord und Süd mental gespalten).

Wieder einmal paßt das „einigende Band“ Kulturerbe scheinbar nicht in die Gegenwart. Was nützt das Goethe-Theater Bad Lauchstädt den Merseburgern, wenn ihre Chemie-Industrie verschwindet? Sicher nicht viel, aber was haben sie sonst Wertvolles in die Einheit mitgebracht? Was sonst, das es nur hier gibt, nur hier noch gibt? Was sonst, das Westdeutsche bei sich vermissen und für das sie noch am ehesten bereit sind zu zahlen?

Das Kulturerbe allein ist sicher überfordert, die innere Einheit der Deutschen zu stabilisieren (wieder herzustellen), aber es ist ein Ansatzpunkt, es ist besser als Chauvinismus und es ist historisch erprobt in solchen Lagen. „Kulturerbe“ und Kultur kann wieder einmal wohl begründet ausgenommen werden vom Zwang zur totalen Umwälzung. Kulturelle Qualität hat in der DDR überlebt, ist sogar von ihr mehr und mehr akzeptiert worden. Kulturelles Leben ist Teil der persönlichen Biographien der Ostdeutschen. Als Folge der politisch verfügbaren Abkapselung ist Kultur – um mit Günter Grass zu sprechen – „deutscher“ geblieben und damit für Normalbürger ein Anker gegen die Turbulenzen der gesamtdeutschen Gegenwart im zusammenwachsenden Europa, zwar landsmannschaftlich geprägt und national, aber ohne Zusammenleben und Austausch mit dem Ausland undenkbar.

Beide deutsche Seiten hatten und haben jeweils nur einen „begrenzten Blick“<sup>31</sup> für einander. Einige meinen bereits, dieser Blick sei eine „wechselseitige Provokation“.<sup>32</sup> Damit wird es so sein wie mit der Sprache: Auch wenn sich die Deutschen beim Sprechen buchstäblich (aufgrund von Dialekten) und im übertragenen Sinne nicht verstehen, sie bleiben im gemeinsamen Sprachgehäuse. Daß sie diese Gemeinsamkeit als „gut“ erfahren, ist ohne Kultur schwer vorstellbar. Eine Teilung in diesem Lebensbereich würde auf jeden Fall zwei Torsos schaffen, auf **beiden** Seiten der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Hier wie dort wäre kulturell ein Überleben lediglich als Fragment möglich. Von daher haben die östlichen Deutschen auch heute die Gewißheit, daß sie wenigstens kulturell für Deutschland notwendig unverzichtbar geblieben sind.

31 Manfred Ackermann: Der begrenzte Blick – Ein Erfahrungsbericht zur Frage – Wie werden in der DDR die Bundesrepublik Deutschland und die West-Deutschen gesehen? in: Die DDR in der Ära Honecker, Hrsg. Gert-Joachim Glaebner, Opladen 1988 (Vorabdruck Deutschland Archiv, Nr. 8/1987, S. 823 ff).

32 Albrecht Göschel: Kulturbegriff in Ost und West – Eine wechselseitige Provokation?, Kulturstrecke Nr. 8/1993, S. 8 f Hagen.

*Zusammenfassende Thesen*

1.

Der **Begriff „Erbe“** bekam in der SBZ/DDR eine positive kulturhistorische Bedeutung (= in der Gegenwart als wertvoll akzeptierte Überlieferung der Geschichte), während im Westen Deutschlands der eigentumsrechtliche Begriffsinhalt vorherrschend blieb. Heute ist „Kulturerbe“ eines der wenigen Beispiele, wo sich ein im Osten Deutschlands üblicher Begriffsinhalt auch im Westen verbreitet und durchsetzt.

2.

Die verschiedenen **Interpretationen** des kulturellen Erbes in der SBZ/DDR fanden im übrigen Deutschland bis zum Beginn der 80er Jahre nur geringes Interesse. Erst die Bemühungen um ein differenziertes Bild der deutschen Geschichte und die internationale Anerkennung der DDR veränderten dies. Die gesamtdeutsche Dimension dieser „Erbepflege“ ist erst heute zureichend zu beurteilen. Möglicherweise war die DDR zu keinem Zeitpunkt ihrer Existenz so weit weg von den deutschen Kulturtraditionen, wie sie das von sich behauptete und wie dies auch von außen gesehen wurde.

3.

**Kulturpolitik** hatte in der DDR immer auch den Zweck staatlicher Machtsicherung. Deshalb ihre im Vergleich zur ökonomisierten Bundesrepublik hohe Bedeutung, deshalb ist aber die Freiheit der Kunst durchgängig eingeschränkt worden. In der politischen Umwälzung ab 1945, beim „sozialistischen Aufbau“ ab 1953 und während der umfassenden Etablierung des staatlichen Systems ab 1961 spielte das kulturelle Erbe eine jeweils spezifische Rolle. Die Berufung auf kulturelle Tradition diente dabei immer mehr als ideeller Nachweis einer Existenzbehauptung auf Dauer und als Abgrenzung gegen die Bundesrepublik im Prozeß der politischen Entspannung.

4.

Die kommunistischen Führer der KPD/SED waren persönlich extrem antimodern und orientierten sich an der deutschen **Klassik**. Die Leistungen dieser Epoche waren das kulturpolitische Leitbild. Was von diesem Vorbild abwich, galt ästhetisch als geschmacklos bzw. politisch als disziplinos. Die gleichzeitig verfügte Differenzierung zur Bundesrepublik führte zur innerdeutschen Verkrampfung, die ständige Wiederholung zur ritualisierten Erstarrung. Der aufgeklärte Teil der SED und der Künstler befand sich in einem andauernden Kleinkrieg, um wenigstens die größten Unsinnigkeiten einer solchen einseitigen Ausrichtung abzumildern.

5.

In wenigen Bereichen wurde der Unterschied zwischen Theorie und Praxis in der DDR so deutlich wie in der **Denkmalpflege**. Seit etwa 1975 gab es

zwischen Ost und West theoretisch (einschließlich der gesetzlichen Bestimmungen) kaum signifikante Unterschiede. Der jedoch immer offensichtlichere Verfall der Bausubstanz war dagegen drastischer Beweis für die hausgemachte Unfähigkeit und erweckte zudem den Eindruck bewußter Böswilligkeit. Heute bleibt gesamtdeutsch die Frage, ob angesichts der Kriegszerstörungen und der Nachkriegs-Modernisierungen im Westen Deutschlands nicht dennoch in den neuen Ländern eine unwiederholbare letzte Chance besteht, durch geschichtsbewußte Rekonstruktion der städtischen Altbausubstanz identitätsstiftende Strukturen für alle Deutschen zu schaffen.

6.

Die unpopuläre Abgrenzungspolitik der DDR in den innerdeutschen Beziehungen sollte seit Ende der 70er Jahre intern mit einer Öffnung gegenüber den **Traditionen der deutschen Geschichte** ausgeglichen werden. Die Rückkehr der deutschen Geschichte führte zu einer Wende im Erbeverständnis. Gegen Ende der DDR bestand zumindest partiell die Chance, mit dieser eigenständigen Aufarbeitung deutscher Vergangenheit und der damit verbundenen Relativierung internationaler Einflüsse auch im Westen Deutschlands Eindruck zu machen. Bevor jedoch ernsthaft geprüft werden konnte, ob die DDR-spezifische Art der Erbpflege etwas für die Sinnsuche der nationalen Existenz leisten kann, wurde die Sonderexistenz von den eigenen Bürgern zugunsten des westdeutschen Vorbilds beendet.

7.

Die politische Führung der DDR hat trotz des kulturpolitisch entschieden vertretenen Leitbildes der deutschen Klassik ihr eigenes Kulturverständnis prinzipiell verschieden von dem in der Bundesrepublik begriffen. Für die Bürger in beiden Staaten war dagegen die **Einheit der deutschen Kulturnation** im Grundsatz unstrittig. Das kulturelle Erbe war vor der deutschen Teilung wirksam und behauptete sich auch gegen sie. Hiergegen vorhandene Skepsis wurde im Einigungsvertrag 1990 mit Recht ignoriert und in Artikel 35 mit Gesetzeskraft konstatiert, daß es eine Verpflichtung aller Deutschen und des wieder gebildeten deutschen Gesamtstaates sei, die „kulturelle Substanz“ in den neuen Ländern vor Schaden zu bewahren.

Kulturerbe allein kann die innere Einheit der Deutschen weder herstellen noch stabilisieren. Aber Kultur bietet national und international Orientierung, gerade in Zeiten stürmischer politischer, sozialer und wirtschaftlicher Umwälzung. Kultur ist zudem das Gut, was die Bürger der DDR unverwechselbar, unersetzbar und für alle Deutschen notwendig in die Einheit einbringen. Eine positive Erfahrung der wiedererrungenen deutschen Gemeinsamkeit ist ohne Kultur schwer vorstellbar und auch nicht wünschenswert.